



**AKTIONSBÜNDNIS  
SOZIALPROTESTE**

Edgar Schu  
Vernetzungsbüro Göttingen  
Weender Landstraße 97  
37075 Göttingen  
edgar.schu@die-soziale-bewegung.de

T 0179 - 672 97 24

<http://www.die-soziale-bewegung.de>

DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt  
Landesgeschäftsstelle  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg

3. Februar 2009

Werte Genossinnen und Genossen des Landesvorstands,

das Aktionsbündnis Sozialproteste ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Initiativen, Gruppen und Vereinen, die die Montags-Demonstrationen des Jahres 2004 im wesentlichen mitgetragen haben. Diese Proteste konnten zwar nicht die Hartz-Gesetze verhindern und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft stoppen, aber sie haben an der grundlegenden Veränderung der politischen Geographie in dieser Bundesrepublik mitgewirkt.

Soziale Protestbewegungen müssen ihre Eigenständigkeit und Kritikfähigkeit bewahren, wenn sie nicht den Anspruch aufgeben wollen, ein interventionsfähiger Faktor gegenüber dem System der repräsentativen Parteiendemokratie zu bleiben. Es gibt aus unserer Sicht auch genügend Gründe, sich kritisch mit der politischen Praxis Der LINKEN auseinanderzusetzen, wo sie Regierungsfunktionen übernehmen will. Wir werden auch zukünftig nicht einer Meinung sein, ab wann ein gesetzlich garantiertes Mindesteinkommen ein Leben in Würde und mit gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Wir werden auch weiterhin kritisieren, wenn die Fraktion der LINKEN im Bundestag Sanktionen für Empfänger/innen des Arbeitslosengeld II gerechtfertigt hält und damit das grundlegende Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum in Frage stellt.

Wir haben aber auch gelernt, dass alleine die Existenz einer LINKEN im Bundestag und in den Parlamenten der westlichen Bundesländer die soziale Frage in dieser Republik neu gestellt hat. Für uns war und ist es immer wichtig gewesen, dass Hartz IV nicht einfach als Normalität hingenommen wird und dass sich auch EmpfängerInnen des Arbeitslosengeld II politisch vertreten sehen. Die NPD hat es immer verstanden, ihren militanten Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hinter nationalem Antikapitalismus und sozialer Rhetorik zu verbergen. Das Feld der sozialen und politischen Auseinandersetzung darf keiner neofaschistischen Partei überlassen werden und erst recht nicht in Zeiten wie diesen, wo klar ist: Diese Krise ist der globalisierte Kapitalismus, und der globale Süden, Erwerbslose wie abhängig Beschäftigte sollen nochmals Einkommensverluste für Derivate & faule Kredite der neoliberalen Modernisierungsgewinner hinnehmen.

Mit Elke Reinke hatte DIE LINKE einen Menschen im Deutschen Bundestag, der diese entwürdigenden Hartz-IV-Verhältnisse selber erleben musste und sich gegen diese Zumutungen gewehrt hat. Für uns, als Aktionsbündnis Sozialproteste, ist es wichtig, dass die Betroffenen der Hartz-Gesetze nicht resignieren und nicht mehr an ihre politischen Rechte und an das System der Demokratie glauben. Emanzipatorische Widerständigkeit muss überzeugen, und sie muss sichtbar sein.

Ihr werdet in den nächsten Tagen entscheiden, wen Ihr auf Eurem Listenparteitag wo platzieren werdet. Der Landesverband Sachsen-Anhalt hat die Möglichkeit zu zeigen, dass er die Arbeit der vielen kleinen sozialen Protestgruppen wertschätzt und ernst nimmt, indem Ihr mit Eurer Genossin Elke Reinke jemanden im Bundestag sitzen haben wollt, die den Kontakt zu den sozialen Protestgruppen nicht verlieren will, aus denen sie einmal selber hervorgegangen ist.

DIE LINKE ist keine Partei der Hartz-IV-Betroffenen. Da hat Euer stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Klaus Ernst, Recht. Aber sie wäre nicht in dieser Form wieder in den Bundestag eingezogen, wenn es nicht diese gesellschaftlichen Proteste der Menschen gegeben hätte, die die ihnen zugewiesenen Zumutungen eines Lebens in prekären, ungesicherten Verhältnissen nicht hinnehmen wollten. Es liegt in Eurer Hand, diesen Protest wieder sichtbar bei Eurer Listenplatz-Nummerierung aufzustellen oder ihn für nicht relevant zu halten. Beides wird nicht nur von uns wahrgenommen werden.

Mit kritisch, solidarischen Grüßen,

für das ABSP die Mitglieder des Koordinierungskreises

Wolfram Altekrüger (Wittenberg), Thomas Elstner (Gera), Teimour Khosravi (Gießen), Michael Maurer (Jüterbog), Edgar Schu (Göttingen), Rainer Wahls und Roland Klautke (Berlin), Pia Witte (Leipzig), Helmut Woda (Karlsruhe)